



gemeinderuggell

Öffentliches Protokoll der Gemeinderatssitzung Nr. 14/17

Datum / Zeit	Dienstag, 24. Oktober 2017 / 20:00 – 22.45 Uhr
Ort	Rathaus Ruggell Sitzungszimmer Gemeinderat Poststrasse 1 9491 Ruggell
Vorsitz	Maria Kaiser-Eberle, Gemeindevorsteherin
Anwesend	Martin Büchel, Vizevorsteher Heinz Biedermann, Gemeinderat Esther Büchel, Gemeinderätin Melanie Egloff-Büchel, Gemeinderätin Marion Gschwenter, Gemeinderätin Jürgen Hasler, Gemeinderat Kevin Hasler, Gemeinderat Alois Hoop, Gemeinderat
Entschuldigt	-
Protokoll	Christian Öhri, Leiter Gemeindekanzlei

Protokoll genehmigt am 7. November 2017 durch den Gemeinderat.



Maria Kaiser-Eberle, Gemeindevorsteherin

Rathaus Ruggell: Anstellung Sachbearbeiterin Gemeindekanzlei (50%)

Gast:

Christof Becker, Geschäftsleiter der Wilhelm AG, Vaduz

Antrag Vorsteherin

Bis zum 29. September 2017 wurden fristgerecht 43 Bewerbungen bei der Gemeinde eingereicht. Um bei dieser Rekrutierung bei so vielen Bewerbungen ein grösstmögliches Mass an Objektivität und Neutralität sicherzustellen, hat die Personalkommission gemeinsam mit der Gemeindekanzlei entschieden, mit der Wilhelm AG in Vaduz einen externen HR-Dienstleister bei dieser Rekrutierung zu beauftragen.

Vier Kandidatinnen kamen in die engere Auswahl und wurden jeweils zu einem einstündigen Gespräch nach Vaduz eingeladen, welche Mitte Oktober stattfanden. Der gesamte Auswahlprozess wurde vonseiten der Verwaltung vom Gemeindesekretären Christian Öhri und der Personalkommission begleitet.

Christof Becker von der Wilhelm AG wird an der Sitzung den Prozess erläutern sowie aufgrund der anforderungsbezogenen Bewerberbeurteilung mit Punktebewertung dem Gemeinderat eine Empfehlung abgeben.

Antrag zur Beschlussfassung

Entscheid über eine neue Sachbearbeiterin für die Gemeindekanzlei mit einem Pensum von 50 Prozent.

Der Entscheid wird nicht im Beschlussprotokoll veröffentlicht, sondern erst im November im öffentlichen Protokoll. Die Bewerberinnen und Bewerber können so persönlich mit einem Telefon oder Brief informiert werden.

Erörterung

Christof Becker erklärt zu Beginn des Traktandums ausführlich den Rekrutierungsprozess. Aus diesem geht hervor, dass Frau Elisabeth Schäpper vorgeschlagen wird.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt die Anstellung von Elisabeth Schäpper einstimmig.
Sie wird ab dem 3. Januar 2018 in der Gemeindekanzlei starten, wir freuen uns auf eine tolle Zusammenarbeit.

Verlängerung Entwässerung Etappe 2017/2018 Vergabe Baumeisterarbeiten

Gast:

Manuel Schöb, Leiter Bauverwaltung

Antrag Tiefbau

Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 15. Mai 2017 den Auftrag für die weiteren Ingenieurarbeiten an das Büro Hanno Konrad vergeben. Das Gesuch für eine 5-jährige Verlängerung der Deponiebewilligung ist beim Amt für Umwelt eingereicht worden. Die Hydrogeologischen Messungen und Untersuchungen sind angelaufen und werden noch ca. ein Jahr andauern. Solange die Messungen andauern und noch keine abschliessenden Ergebnisse vorliegen, kann das Deponiekonzept auch nicht weiterbearbeitet werden. Damit der Betrieb der Inertstoffdeponie aufrechterhalten werden kann, müssen jedoch schon vor dem Vorliegen des eigentlichen Deponiekonzepts einige Bauarbeiten an der Entwässerung vorgenommen werden. So kann nach den Bauarbeiten der hintere Teil der Deponie mit Aushubmaterial überschüttet werden und es kann wieder Platz für ca. 30'000 bis 40'000m³ Material geschaffen werden. Das Büro Hanno Konrad hat anhand der Offerten vom Baugeschäft Marxer-Büchel AG und vom Steinbruch Josef Marxer AG einen Kostenvoranschlag erstellt:

Baumeisterarbeiten Marxer-Büchel AG	CHF 66'000
Materiallieferung Josef Marxer Steinbruch AG	<u>CHF 29'000</u>
Totalkosten	CHF 95'000 (inkl. MwSt.)

Die Arbeiten erstrecken sich über zwei Jahre. Im Budget 2017 sind CHF 25'000 vorgesehen. Es ist ein Verpflichtungskredit von CHF 70'000 für das Jahr 2018 erforderlich.

Antrag zur Beschlussfassung

1. Genehmigung des Projekts „Deponie Limsenegg Verlängerung Entwässerung Etappe 2017/2018“ und einen Kreditantrag von CHF 95'000 (inkl. MwSt.).
2. Erteilung eines Verpflichtungskredits für das Jahr 2018 von CHF 70'000 (inkl. MwSt.).
3. Vergabe des Auftrags „Baumeisterarbeiten“ an die Firma Marxer-Büchel AG in Ruggell mit einer Offertsumme von CHF 65'852.45 (inkl. MwSt.).
4. Vergabe des Auftrags „Materiallieferung“ an die Firma Josef Marxer Steinbruch AG in Ruggell mit einer Offertsumme von CHF 28'537.90 (inkl. MwSt.).

Erörterung

Manuel Schöb von der Bauverwaltung stellt den Antrag ausführlich vor. Die Deponie Limsenegg ist grundsätzlich dicht, es geht kein Wasser durch den Felsen. Jedoch fliesst das Regenwasser durch die gesprengten Felsen. Das Deponiekonzept muss vor der Erweiterung erstellt werden, die Entwässerung muss jedoch als Teil davon bereits jetzt erfolgen, damit die Deponie weiterhin „zugeschüttet“ werden kann.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt alle vier Anträge einstimmig.

Gemeindebürgerrecht:

Antrag auf Erwerb des Gemeindebürgerrechts Familie Meier

Antrag Gemeindeganzlei

Daniel Meier, geb. am 11.07.1980 und seine Kinder Fiona, geb. 11.01.2006 und Noah, geb. am 03.08.2009 stellen den Antrag um Aufnahme in das Bürgerrecht der Gemeinde Ruggell. Die Ehefrau und Mutter Isabel Meier-Gschwenter ist seit Geburt Ruggellerin. Alle Antragssteller wohnen seit 2006 bzw. seit Geburt in Ruggell und sind Bürger von Mauren. Für die Aufnahme ins Bürgerrecht ist Artikel 18 des Gemeindegesetzes massgebend. Die Antragssteller erfüllen die Voraussetzungen für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Gemeinde Ruggell. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Gemeinderat.

Antrag zur Beschlussfassung

Entscheid über die Aufnahme der Familie Meier in das Ruggeller Gemeindebürgerrecht.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt die Aufnahme der Familie Meier in das Ruggeller Gemeindebürgerrecht einstimmig.

Wirtschaftsförderungsmassnahmen:

Idee Gemeinschaftsstand an der Jubiläums-LIHGA 2018

Antrag Vorsteherin

Am Dienstag, den 17. Oktober 2017 präsentierte Georges Lüchinger von der Liact AG die Idee eines Gemeinschaftsstandes den Mitgliedern des Gemeinderats und der Wirtschaftskommission. Die Idee eines Gemeinschaftsstandes ist nicht neu, sie wird vor allem im Rheintal beispielsweise bei der WIGA und RHEMA sehr oft von verschiedenen Gemeinden umgesetzt. Für die LIHGA 2018 gibt es mit den Gemeinden Schaan und Triesenberg zwei Interessenten für Gemeinschaftsstände. Da sich in Ruggell bereits sechs Unternehmen unabhängig voneinander bei der Messe direkt angemeldet haben, würde sich diese Wirtschaftsförderung sehr gut auch für Ruggell anbieten.

Bei Gemeinschaftsständen wird für die Buchung von insgesamt 200m² (effektive Fläche) ein Rabatt von CHF 10 pro Quadratmeter gewährt. Dies würde den Unternehmen bereits aus finanzieller Hinsicht sehr entgegen kommen. Der gemeinsame Auftritt bringt jedoch weitere Vorteile, in dem die Infrastruktur und das Angebot (beispielsweise Ausschrank von Getränken) gemeinsam koordiniert und angeboten werden kann. Weiters besteht der Vorschlag, dass die Gemeinde als direkte Wirtschaftsförderung die obligatorische Grundgebühr von CHF 400 pro Unternehmen übernimmt und selbst mit einem Stand für das eigene

Standortmarketing vertreten ist. Auch sind weitere Möglichkeiten gemäss beiliegender Präsentation möglich.

Im Falle eines positiven Bescheids ist die Projektleitung zu definieren, welche die nächsten Schritte vornimmt. Die LIHGA Verantwortlichen unterstützen diese Projektleitung je nach Bedarf. Da bereits einiges in Planung ist, würde der mögliche Gemeinschaftsstand der Gemeinde Ruggell bei einem positiven Bescheid in der Halle 1 (Tennishalle) als allererster Bereich zu Beginn die Gäste begrüssen.

GR Jürgen Hasler wird als Vorsitzender der Wirtschaftskommission die Rückmeldung der Kommission an der Sitzung präsentieren.

Antrag zur Beschlussfassung

Diskussion und Entscheid über eine Teilnahme an der LIHGA mit einem Gemeinschaftsstand der Gemeinde Ruggell mit entsprechenden Massnahmen zur Wirtschaftsförderung.

Erörterung

GR Jürgen Hasler berichtet aus der Wirtschaftskommission, dass die Idee gut angekommen ist und die Kommission folglich die Übernahme der obligatorischen Grundgebühr von CHF 400 pro Unternehmen empfiehlt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig einen Auftritt an der LIHGA 2018 als „Gemeinschaftsstand Ruggell“ und übernimmt die obligatorische Grundgebühr CHF 400 pro Unternehmen. Die Gemeinde Ruggell wird auch mit einem eigenen Stand an der LIHGA präsent sein.

Antrag VU Gemeinderatsfraktion: Sozialere Verteilung von Steuereinnahmen

Antrag VU-Gemeinderatsfraktion

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 15. Mai 2017 wurde eine generelle Überprüfung einer Steuersenkung durch die Finanzkommission in Auftrag gegeben. Wie bereits am Workshop Visio Ruggell und in der Finanzkommission vom 15. September 2017 diskutiert, wünscht sich die VU- Gemeinderatsfraktion eine sozialere Verteilung von Steuereinnahmen.

Gerne möchte die VU-Gemeinderatsfraktion, dass die Finanzkommission und der Gemeinderat Alternativen zum FBP Antrag vom 15. Mai 2017 bezüglich Steuersenkung in Erfahrung bringt.

Antrag zur Beschlussfassung

Generelle Überprüfung von Alternativen bezüglich Steuersenkung, für eine sozialere Verteilung von Steuereinnahmen, durch die Finanzkommission bzw. den Gemeinderat.

Erörterung

Vizevorsteher Martin Büchel erklärt den Antrag im Namen der VU-Gemeinderatsfraktion und vertritt die Meinung, dass eine Steuersenkung nicht sozial ist. Es profitieren nach ihm ausschliesslich die Reichen (bzw. die oberen 10%), jedoch nicht die grosse Masse. Die VU-Gemeinderatsfraktion möchte daher eine bessere soziale Verteilung der Gelder vorschlagen. Die Angst besteht, dass die Schere der Bevölkerungsschichten zwischen arm und reich ansonsten weiter auseinander gehen wird. So arbeiten andere sehr hart und profitieren nicht von einer Steuersenkung.

Die Mitglieder der anderen Gemeinderatsfraktion möchten einige Ideen, damit man sich darunter konkrete Beispiele vorstellen kann und bringen die Frage auf, wie weit die Gemeinde auf dieses Thema eingehen muss, da soziale Leistungen vor allem vom Staat erbracht werden. Die FBP-Gemeinderatsfraktion findet, dass eine Steuersenkung sozial ist und tut sich schwer, was noch sozialer sein kann. Ruggell braucht alle Bevölkerungsschichten, auch die starkverdienenden Einwohnerinnen und Einwohner und den Mittelstand, welche den grossen Teil der Steuern bringen und auch Arbeitsplätze schaffen. Finanziell Schwächere werden von unserem Steuersystem bereits sehr gut berücksichtigt, indem sie keine oder wenig Steuern bezahlen müssen. Schlussendlich profitiert jeder Steuerzahler klar von einer Steuersenkung.

Laut der VU-Gemeinderatsfraktion wären beispielsweise eine kostenlose Abgabe von Busabos oder Gutscheine, wie schon in St. Gallen praktiziert, im gleichen Betrag an die Bevölkerung zielführender.

Vizevorsteher Martin Büchel schlägt vor, dass die Finanzkommission nach Alternativen sucht und diese dann auch in der Finanzkommission und im Gemeinderat diskutiert werden sollen. Ein Mitglied des Gemeinderats ergänzt, dass kreative Ideen und Visionen gefragt sind.

Auch für die Vorsteherin Maria Kaiser-Eberle ist der Antrag zu wenig konkret. Damit es eine Überprüfung in der Finanzkommission oder im Gemeinderat überhaupt geben kann, braucht sie Angaben, was und welche sozialen Projekte überprüft werden sollen. Sie kann sich darunter nichts Konkretes vorstellen. Sie ergänzt dabei, dass die Gemeinde in verschiedenen Bereichen bereits verschiedene Bevölkerungsgruppen aktiv unterstützt, so beispielsweise mit der Unterstützung der Kindertagesstätten, Subventionen des Busabos, Anschaffung von iPads für die Schülerinnen und Schüler, Unterstützung der Vereine, Wohnen und Leben im Alter sowie weitere, diverse Unterstützungen. Aus ihrer Sicht ist es laut Leitbild ohnehin selbstverständlich, dass bei jedem Projekt überprüft wird, was unterstützt wird und ob die soziale Komponente vorhanden und ausreichend ist.

Vorsteherin Maria Kaiser-Eberle macht den Gegenvorschlag, dass dieses Thema separat und nicht mit einer möglichen Steuersenkung diskutiert werden soll. Der Antrag zur Überprüfung einer Steuersenkung vom 15. Mai 2017 wurde einstimmig beschlossen. Ebenfalls ist ihr Verständnis von Steuereinnahmen jenes, dass die Gemeinde so viel Geld einnimmt, dass sie die ihr aufgetragenen Aufgaben erfüllen kann.

Gemäss VU-Gemeinderatsfraktion muss für dieses Projekt ein längerer Zeithorizont gewählt werden, die Möglichkeit einer Steuersenkung soll entsprechend verschoben werden. Die VU-Gemeinderatsfraktion wiederholt, dass nicht ihre Fraktion die Ideen bringen soll, sondern die Finanzkommission, der Gemeinderat oder sogar mittels Workshop die Bevölkerung selbst. Die VU-Fraktion könne sich dabei vorstellen, dass der Betrag, welcher für eine mögliche Steuersenkung nicht mehr an die Gemeinde gehen wird, genau für ein solches Projekt eingesetzt werden könnte.

Beschluss

Der Gemeinderat lehnt den Antrag mehrheitlich ab (im Verhältnis 5 zu 4).

Diverses

Empfang der Liechtensteiner Worldskills Delegation in Ruggell

Vizevorsteher Martin Büchel bedankt sich bei der Verwaltung für die Organisation des grossartigen Empfangs der Liechtensteiner Worldskills Delegation heute in Ruggell. Die Delegation wurde in einem schön geschmückten Gemeindesaal mit einem grossen Apero empfangen. Das Team Worldskills Liechtenstein schrieb dabei selbst:

„Die Liechtensteiner WorldSkills Delegation wurde von über 150 Fans und Vertretern von Staat und Gemeinden mit Plakaten, beschrifteten T-Shirts und Fähnchen im Gemeindesaal in Ruggell empfangen. Die Weltklasseleistung der Kandidaten wurde unter anderem von Vorsteherin Maria Kaiser-Eberle, Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Bildungsministerin Dominique Gantenbein mit herzlichen Worten gewürdigt. Die Goldmedaille von Raffael Beck war nicht nur die Krönung der WorldSkills 2017, sie ist auch die 50. Medaille in der Geschichte von WorldSkills Liechtenstein!“